

...auf den Punkt gebracht

„Preissteigerungen bei Baumaterialien bekommen durch den Krieg in der Ukraine einen weiteren Schub“

Stand: 20.07.2022

Die Preissteigerungen bei Baumaterialien haben durch den Krieg in der Ukraine einen weiteren Schub erhalten. Eine Beruhigung scheint vorerst nicht in Sicht zu sein. So stieg der Erzeugerpreis für Dieselkraftstoff, welcher für Straßen- und Schienenfahrzeuge benötigt wird, im März binnen Monatsfrist um 31,2 %. Nach dem Rückgang im April folgten im Mai und auch im Juni weitere Steigerungen. Im Juni lag der Preis um 52,4 % über dem Niveau des vergleichbaren Vorjahresmonats. Dies ist für die Bauunternehmen besonders belastend, da die Hälfte des Energieverbrauchs im Baugewerbe auf Diesel entfällt.

Der Preis für Bitumen aus Erdöl lag im Juni sogar um 69,6 % über dem Niveau von Juni 2021. Dies wirkt sich mittlerweile auch auf den Preis für Asphalt aus, der nun um 30,2 % über dem Vorjahr liegt. Die Materialengpässe haben sich auch auf die Stahlpreise ausgewirkt: Der Preis für Betonstahl in Stäben lag im Juni um 53,8 % über dem Vorjahreswert, die Preise für Betonstahlmatten und für offene Profile legten sogar um 67,3 bzw. 87,1 % zu.

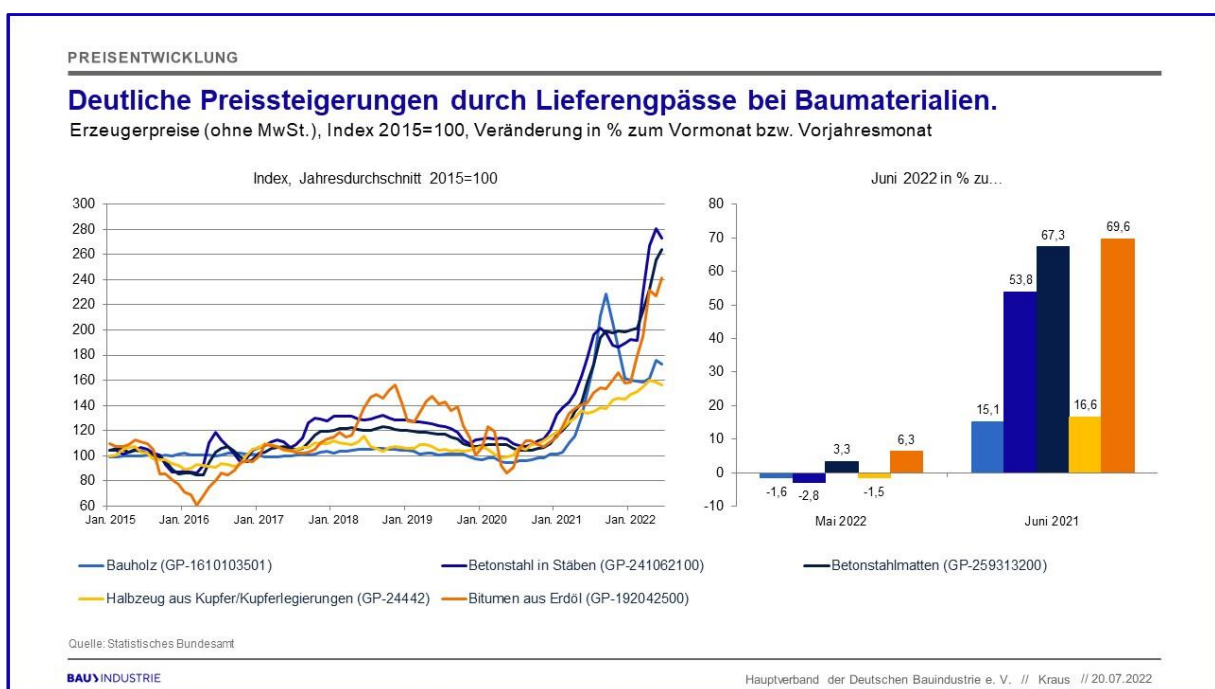
Entsprechend werden steigende Energie- und Rohstoffpreise auch weiterhin stärker als Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung des eigenen Unternehmens wahrgenommen: Im Rahmen der DIHK-Umfrage zum Frühsommer 2022 gaben dies 91 % der befragten Bauunternehmen an, zu Jahresbeginn 2021 waren es nur 35 %, im Herbst 2021 bereits 74 %.

Gründe für die zu beobachtenden deutlichen Preisanstiege sind – durch den Krieg in der Ukraine noch verstärkte – begrenzte Lieferkapazitäten der Hersteller aber auch fehlende Transportkapazitäten. Gleichzeitig wurden bei den Erzeugern – aufgrund der stark gestiegenen Energiekosten – Kapazitäten abgebaut oder Produktionen ganz eingestellt. Des Weiteren sind aber auch nach wie vor Lieferketten unterbrochen, zusätzlich herrschten Container- und Hafenpersonal-mangel sowie ein Stau von Frachtschiffen und überfüllte Depots in einzelnen Häfen. Zuletzt auch hervorgerufen durch vereinzelte Streiks des Hafenpersonals. Auch wird wieder vermehrt über „Hamsterkäufe“ zur Vorbeugung gegen weitere Preissteigerungen berichtet, welche die Nachfrage und somit die Preise erhöhen.


Von den Knappheiten ist eine noch nie dagewesene Anzahl an Unternehmen betroffen: Im Rahmen des ifo Konjunkturtests gaben im März 2021 nur 4 % der befragten Bauunternehmen an, in ihrer Bautätigkeit durch Materialknappheit betroffen zu sein, im Juni 2021 waren es schon 46 %. In den Folge Monaten kam es zur leichten Beruhigung, der Anteil ist bis Februar 2022 auf 21 % gesunken, um bis Mai - aufgrund der Verwerfungen durch den Krieg in der Ukraine - auf 52 % anzusteigen. Im Juni konnte wieder eine leichte Beruhigung festgestellt werden, der Anteil liegt mit 44 % aber immer noch auf einem sehr hohen Niveau.

Ein Ende der Engpässe und Preissteigerungen ist zurzeit nicht absehbar: Bauunternehmen berichten nach wie vor von Problemen durch den Krieg in der Ukraine. Dies sind insbesondere Lieferengpässe und Preissteigerungen bei Baumaterial, teilweise geben Lieferanten nur noch tagesaktuelle Preise oder machen sogar überhaupt keine Preiszusagen mehr.

Bei der Interpretation der o. g. Preissteigerungen muss berücksichtigt werden, dass es sich bei den Werten um Durchschnittswerte handelt, die Preissteigerungen können somit auch vereinzelt deutlich höher ausfallen. So fließen in die Erzeugerpreise neben Preisen aus Neuverträgen auch Preise aus langlaufenden Verträgen ein. Auch muss man berücksichtigen, dass es sich nur um Preise, der in Deutschland erzeugten und im Inland verkauften Produkte handelt. Im- und Exporte werden in dieser Statistik nicht berücksichtigt. [Anmerkung: Die Indizes werden ohne MwSt. ausgewiesen.]



Für Bauunternehmen liegt das Problem von unerwartet starken Preissteigerungen darin, dass diese bei langlaufenden Projekten nicht oder nur in Ausnahmefällen an die Auftraggeber weitergegeben werden können – sofern keine Preisgleitung vereinbart wurde. So gab in der im Mai durchgeführten Bauindustrie-Umfrage nur jedes dritte der befragten Bauunternehmen an, dass man sich mit dem Auftraggeber auf eine Preisgleitung einigen konnte. 29 % berichteten, dass sie zurzeit aufgrund der aktuellen Situation keine Angebote abgeben können, da sie ansonsten auf den zusätzlichen unkalkulierbaren Kosten sitzenbleiben würden, was zu Lasten der eigenen Marge ginge.



Dieses Risiko stark steigender Preise kann entweder nur durch langfristige Lieferverträge, über Preisgleitklauseln oder über entsprechende Kostenpuffer im Angebot abgesichert werden. Letzteres ist bei der ausgesprochen volatilen Preisentwicklung der vergangenen Jahre, bei steigendem Konkurrenzdruck und der Neigung öffentlicher Auftraggeber, regelmäßig das billigste Angebot anzunehmen, aber nicht immer möglich. Es besteht somit die Gefahr, dass die – in den vergangenen Jahren mühsam aufgebaute – Eigenkapitalausstattung bei sinkenden Margen wieder abschmilzt und das Insolvenzrisiko im Baugewerbe wieder steigt.

Nach einem moderaten Preisanstieg für Leistungen des Bauhauptgewerbes im Jahr 2020 von 2,4 % (ohne MwSt.) haben die Baupreise nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes 2021 deutlich angezogen: Sie lagen im Jahresdurchschnitt (ohne MwSt.) um 7,5 % über dem Vorjahresniveau. Für 2022 ist aufgrund der aktuellen Situation eine weitere Baupreissteigerung in Sicht: Die Preisprognosen der Forschungsinstitute (für die gesamten Bauinvestitionen) liegen im Durchschnitt der Wirtschaftsforschungsinstitute mittlerweile bei 11,7 %.

Ob es sich bei der aktuellen Entwicklung um einen sogenannten Superzyklus oder nur um eine kurzfristige Rallye – aufgrund der verringerten Produktionskapazitäten, der stark gestiegenen Nachfrage und der gestörten Lieferketten – handelt, lässt sich jetzt noch nicht absehen. In naher Zukunft wird aber die Energiewende ein großer Treiber der Rohstoffnachfrage und somit der Preise sein. Für die Energiewende werden u.a. Stahl und seltene Erden für Windräder und Elektromotoren sowie Kupfer und Aluminium für den Ausbau der Stromnetze und der IT-Infrastruktur benötigt. Dies sind alles Produkte, die auch in der Bauwirtschaft gebraucht werden. Das Problem: Die steigende Nachfrage trifft in vielen Teilen des Marktes auf ein knappes Angebot. Neben den Knappheiten, die zu Preissteigerungen führen, verteuern auch die hohen Energiepreise die Produktion. Insgesamt gehen die meisten Experten davon aus, dass ein merklicher Rückgang der Preise nicht zu erwarten ist, vielmehr werden sie auf hohem Niveau verbleiben. Daran wird auch die Tatsache, dass das – für die kommenden zehn Jahre geplante – 550 Mrd. Dollar-Paket für neue Infrastrukturprojekte in den USA erst einmal gescheitert ist.

Siehe auch:

....auf den Punkt gebracht: „[Preisentwicklung im Wohnungsneubau](#)“

....auf den Punkt gebracht: „[Preisentwicklung im Bau\(haupt-\)gewerbe](#)“

....auf den Punkt gebracht: „[Energieverbrauch und Klimaschutz im Baugewerbe – Eine Datensammlung](#).“

....auf den Punkt gebracht: „[Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die deutsche Bauindustrie: Ergebnisse der 3. BAUINDUSTRIE-Umfrage](#).“